

Mali: Stärkung der sozio-ökonomischen Teilhabe von Binnenvertriebenen, Flüchtlingen und der vulnerablen aufnehmenden Bevölkerung in Mali

In den Partnerregionen hat sich die sozioökonomische Beteiligung von Binnenvertriebenen, Flüchtlingen und der vulnerablen aufnehmenden Bevölkerung verbessert.

Herausforderungen

Die Zunahme der extremistischen Gewalt und des organisierten Verbrechens im Norden des Landes seit 2012 und die Verschärfung der interethnischen Konflikte sowie die Zunahme von Anschlägen und gewaltvollen Zusammenstößen im Zentrum des Landes seit 2018 haben wiederholt zu Massenfluchtbewegungen geführt. Der Zugang zu den Zielgruppen insbesondere in Ségou ist oft schwierig. Das liegt daran, dass es auf der einen Seite immer wieder zu Zwangsumsiedlungen kommt und auf der anderen, dass der Kontext sehr instabil und volatil bleibt. Diese anhaltende Situation von Flucht und Vertreibung ist eine große Belastung für die aufnehmenden Familien und Gemeinden - die Konflikte um den Zugang zu Ressourcen (Grund- und Wasserressourcen) steigen. Maßnahmen der humanitären Hilfe können punktuell Abhilfe schaffen, stärken aber langfristig keine Strukturen. (und bietet langfristig keine nachhaltige Resilienz.)

Hinzu kommt die niedrige Beschäftigungsrate der Zielgruppen (Binnenvertriebene und Flüchtlinge), die durch (i) ein relativ niedriges Bildungsniveau im Verhältnis zur aufnehmenden Bevölkerung sowie (ii) unzureichende Beschäftigungs- und Ausbildungsangebote auf dem formellen und informellen Arbeitsmarkt weiter begünstigt wird.

Binnenvertriebene und Flüchtlinge leiden häufig unter den Traumata und den physischen und psychischen Folgen der Gewalt, die sie durch ihre Zwangsvertreibung erlitten haben. Die Solidarität der Gastgemeinden, in denen die Binnenvertriebenen oder die Flüchtlinge häufig in Familien aufgenommen werden, ist eine wichtige Voraussetzung für die Förderung des sozialen Zusammenhalts. Es ist dringend notwendig, den Staat bei der Unterstützung von Binnenvertriebenen und/oder Flüchtlingen zu unterstützen, um ihre sozioökonomische Teilhabe zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt innerhalb und zwischen den Gruppen zu fördern.

Lösungsansatz

Das Projekt « Stärkung der sozio-ökonomischen Teilhabe von Binnenvertriebenen, Flüchtlingen und der vulnerablen aufnehmenden Bevölkerung in Mali » möchte die sozioökonomische Teilhabe der Binnenvertriebenen, Flüchtlinge und der vulnerablen aufnehmenden Bevölkerung in den Regionen Kayes, Ségou und den Ballungsräumen des Distrikts Bamako verbessern.

Das PAPSE kooperiert bei der Umsetzung seiner Aktivitäten mit Organisationen, die Binnenvertriebene und Flüchtlinge unterstützen (Hoher Rat der Vereinigten Staaten für Flüchtlinge (UNHCR), Internationale Organisation für Migration (OIM) usw.), mit Gebietskörperschaften und anderen dezentralen und dezentrierten Diensten. Der Ansatz basiert auf dem Aufbau individueller und organisatorischer Kapazitäten und der Stärkung von Kooperations- und Vernetzungsmaßnahmen.

Es konzentriert sich auf drei Aktionsschwerpunkte: i) die berufliche und soziale Bildung, (ii) die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und (iii) die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Kommunalentwicklung.

SUSTAINABLE
DEVELOPMENT
GOALS



Projektname	Stärkung der sozio-ökonomischen Teilhabe von Binnenvertriebenen, Flüchtlingen und der vulnerablen aufnehmenden Bevölkerung in Mali (PAPSE)
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Projektgebiet	Kayes, Ballungsräume um Bamako, Ségou
Politischer Träger	Ministère de l'Industrie, du Commerce et de la Promotion des Investissements
Gesamtlaufzeit	08/2020 – 12/2023
Finanzvolumen	6.500.000 EUR



Foto links: Planungsseminar mit Akteuren des Privatsektors © PAPSE/GIZ

Foto rechts: Eine vertriebene Familie, auf einer landwirtschaftlichen Fläche zum Gemüseanbau, Gemeinde Souransan @ Büro Kayes, PAPSE/GIZ



Foto: Planungsseminar mit Partnern in Ségou © Büro Ségou, PAPSE/GIZ

Bettina Juliane Maier
Neme
Projektverantwortliche
bettina.maier@giz.de

Zu erwartende Ergebnisse und Wirkungen...

- die Durchführung von mindestens sechs integrativen Initiativen (zum Nutzen von Frauen- und/oder Jugendorganisationen), die darauf abzielen, den sozialen Zusammenhalt zwischen den Binnenvertriebenen/Flüchtlingen und zwischen den Binnenvertriebenen/Flüchtlingen und der lokalen Bevölkerung zu verbessern;
- Bau und/oder Rehabilitierung von mindestens **10 sozioökonomischen Infrastrukturen** (in 10 Gemeinden), die von den Binnenvertriebenen/Flüchtlingen und der lokalen Bevölkerung genutzt werden können;
- die Kurz-, Mittel- und/oder Langzeitausbildung von mindestens **1000 Personen, von denen 35% Frauen** (Binnenvertriebene/Flüchtlinge und vulnerable, aufnehmende Bevölkerung) sind;
- Die Schaffung von dauerhaftem Einkommen für mindestens **600 Personen** (durch Einkommen generierende Tätigkeiten oder Beschäftigung);
- Gründung, Einrichtung und/oder Begleitung von mindestens **8 Frauen- oder Jugendgenossenschaften** durch Startfinanzierungen und Ausbildung.

... und am Beispiel eines Zitats

"Im Namen aller Binnenvertriebenen der Gemeinde Bla danken wir zunächst dem Bürgermeister, dem Dorfvorsteher und der gesamten Bevölkerung von Bla, dass sie uns mit offenen Armen empfangen und uns als ein Teil von ihnen betrachten. Wir begrüßen dieses neue Projekt PAPSE in Bla, das durch seine verschiedenen Komponenten nicht nur unser Leid lindern wird, sondern uns vor allem helfen wird, für uns selbst nützlich zu sein, damit wir nicht für immer von humanitärer Hilfe abhängig sein werden."

Zitat des Vertreters der Binnenvertriebenen der Gemeinde Bla (Kreis Ségou) bei der ersten Kontaktaufnahme.

Veröffentlicht von: Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft: Dag-Hammarskjöld Weg 1-5
D-65760 Eschborn
Deutschland
T: +49 (0)61 96 79-11 75
F +49 (0)61 96 79-11 15
Autor: Abdoulaye Maiga
Layout: GIZ
Stand: März 2021

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Präsentation verantwortlich.

In Kooperation mit: Ministerium für Industrie, Handel und Investitionsförderung
Im Auftrag von: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Postanschrift der
BMZ Dienstsitze:

BMZ Bonn Dahlmannstraße 4 • D-53113 Bonn • T: +49 (0)228 99 535-0 • poststelle@bmz.bund.de www.bmz.de	• BMZ Berlin • D-10963 Berlin T +49 (0)30 18 535-0
--	--